Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/4681

22. 05. 96

Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Annette Faße, Elke Ferner, Brigitte Adler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksachen 13/1796, 13/3378 –

Perspektiven der Deutschen Binnenschiffahrt

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Während der Straßengüterverkehr boomt, ist der Anteil der Binnenschiffahrt an der Verkehrsleistung in den letzten Jahren weiter zurückgegangen. Die von der Bundesregierung forcierte Tariffreigabe hat zu einem dramatischen Fall der Frachtpreise geführt. Alle bisherigen Versuche der Bundesregierung, eine Trendwende in der Verkehrspolitik zugunsten der umweltfreundlichen Verkehrsträger Bahn und Binnenschiff herbeizuführen, sind gescheitert.

2. Die Probleme der Binnenschiffahrt lassen sich nur durch eine grundlegende Änderung der gesamten Verkehrspolitik bewältigen. Die Binnenschiffahrt wird heute gegenüber dem LKW massiv benachteiligt, da dieser im Vergleich zur Binnenschiffahrt einen sehr viel geringeren Anteil an seinen externen Kosten trägt. Eine Internalisierung der externen Kosten für alle Verkehrsträger wird die Wettbewerbssituation im Güterverkehr zugunsten der Binnenschiffahrt verschieben und diese so langfristig sichern.

3. Die Binnenschiffahrt hat im Vergleich zur Bahn und dem Straßengüterverkehr die günstigste Umweltbilanz, insbesondere was den Energieverbrauch angeht. Dies gilt aber nur so lange, wie milliardenteure und ökologisch verheerende Flußausbaumaßnahmen unterbleiben. Die ökonomisch und ökologisch sinnvollere Alternative zum überdimensionierten Ausbau der Wasserstraßen ist der Einsatz kleiner, flußangepaßter und umweltfreundlicher Schiffstypen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Die finanziellen Rahmenbedingungen im Güterverkehr sind zugunsten der Binnenschiffahrt zu verändern, indem schrittweise allen Verkehrsträgern ihre externen Kosten angelastet werden. Dazu ist der Dieselpreis schrittweise zu erhöhen und eine leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe für den Straßengüterverkehr einzuführen.
2. Auf das milliardenschwere Ausbauprogramm von Flüssen ist zu verzichten und statt dessen ein auf das existierende Kanalnetz orientiertes, ökologisch und ökonomisch optimiertes Gesamtkonzept vorzulegen.
3. Das 100-Millionen-Hilfsprogramm ist um ein Jahr bis zum 31. Dezember 1997 zu verlängern, und die Richtlinien für die Gewährung der Finanzhilfen sind dahin gehend zu ändern, daß in den neuen Bundesländern Partikuliere mit bis zu fünf Schiffen förderberechtigt sind.

Bonn, den 21. Mai 1996

Joseph Fischer (Frankfurt), Kerstin Müller (Köln) und Fraktion

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333